



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
lokalen Medien

19.04.05

Vergnügungssteuer

SPD und GRÜNE haben die Vorlage zur Erhebung einer so genannten Vergnügungssteuer, die auch für Prostituierte erhoben werden soll, unter sozialpolitischen Gesichtspunkten verworfen.

Nach Rücksprache mit den in diesem Bereich beratend tätigen Organisationen werden SPD und GRÜNE die Erhebung einer personenbezogenen Steuer für Prostituierte ab. Zum einen würden aus Gründen der Gleichbehandlung nicht nur Prostituierte in entsprechenden Clubs, Bordellen etc. sondern auch Straßenprostituierte erfasst und besteuert, was gleichbedeutend mit einer weiteren Verschlechterung der Situation von Straßenprostituierten wäre. Zu befürchten wäre auch, dass eine solche Regelung Verdrängungs- und Kriminalisierungseffekte auslösen würde, wodurch die erreichte relative Zentralisierung der Straßenprostitution gefährdet würde.

Ein solcher Effekt kann aus sozialpolitischen Gründen nicht akzeptiert werden. SPD und GRÜNE werden deshalb beantragen, dass die personenbezogene Steuer ebenso wie die Schaffung von Personalstellen zur Eintreibung der Steuer zurückgezogen wird. Grundsätzlich muss es darum gehen, die Situation insbesondere von Straßenprostituierten zu verbessern, die sich häufig in absoluten Notlagen befinden und ihren Lebensunterhalt unter unwürdigsten Bedingungen verdienen müssen. Darauf ausgerechnet eine Vergnügungssteuer zu erheben, ist mehr als unangemessen. Wir werden lediglich der pauschalen Besteuerung der Einrichtungen, in denen Prostituierte arbeiten, zustimmen.